

„Ein Ausweg kann sehr teuer werden“

INTERVIEW: Der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser zur Euro-Krise

■ Bielefeld. Die Europäische Zentralbank hat Griechenlands Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen gelobt. Damit hat sich das Land etwas Luft verschafft. Doch nach Ansicht von Experten ist die Euro-Krise noch nicht ausgestanden. Martin Krause sprach mit dem Bielefelder Ökonomen und Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser.

Herr Abelshauser, Griechenland steckt in der Schuldenkrise, der Euro ist schwächer geworden. Dürfen die Euroländer weiterwurschteln wie bisher?

WERNER ABELSHAUSER: So schlecht sind die Euroländer gar nicht aus der Krise gekommen. In den USA oder Großbritannien sieht alles noch schlechter aus. Immerhin hilft die Abwertung dem europäischen Export.

Anders gefragt: Kann eine Währung ohne umfassende zentrale Instanzen, ohne ein europäisches Wirtschafts- und Finanzministerium überhaupt dauerhaft funktionieren?

ABELSHAUSER: Die historische Erfahrung spricht dagegen. Die großen Währungsverbände wie der deutsch-österreichische und der skandinavische oder die Lateinische Münzunion haben im 19. und 20. Jahrhundert schlecht funktioniert und sind – teilweise mit Eklat – gescheitert. Die einzige Ausnahme, die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsgemeinschaft, bestätigt nur die Regel.

Steht die Währungsunion also in heutiger Verfassung vor dem Scheitern?

ABELSHAUSER: Die Frage kann derzeit niemand beantworten. Das hängt davon ab, ob die Krise auf Griechenland beschränkt bleibt oder ob weitere Länder in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Aber kein Zweifel, die Möglichkeit, dass die Währungsunion auseinanderbricht, besteht. Die Stabilität der Währungsunion beruht auf der Einhaltung von Regeln. Werden sie nicht eingehalten, muss es einen



Will den Euro nicht um jeden Preis retten: Der Volkswirt Werner Abelshauser (65) hat seit 1991 den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bielefeld inne.

FOTO: SANDRA SANCHEZ

Ausweg geben. Praktisch bedeutet das: Die Euroländer müssen Griechenland entweder mit finanzieller Unterstützung zum Austritt bewegen oder das Land bei der Stange halten. Beides kann in jedem Fall sehr teuer werden.

Reicht schärfere Kontrolle der geltenden Regeln, wie des Stabilitätspakts, als Krisenmanagement?

ABELSHAUSER: Nein, denn man kann die Finanzpolitik souveräner Staaten nicht so streng kontrollieren, wie es nötig wäre.

Müssen also neue zentrale Instanzen geschaffen werden, etwa ein gemeinsames Wirtschafts- und Finanzministerium?

ABELSHAUSER: Das erlauben die geltenden Verträge nicht. Die Eurostaaten könnten sich darauf natürlich einigen. Sie müssten dafür weitere Souveränität abgeben. Bisher wollten sie genau das aber nicht – nicht einmal die Europäische Zentralbank ist wirklich eine supranationale Institution.

Sind Sie denn Befürworter einer Zentralisierung, eines gemeinsamen Finanzministeriums?

ABELSHAUSER: Nein, das bin ich nicht. In Deutschland müsste übrigens auch eine Volksabstimmung abgehalten werden, sobald wir die Grenzen einer Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten überschreiten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unser Souverän, das Volk, dem zustimmen würde: Denn eine gemeinsame Finanzpolitik würde dazu führen, dass die reicheren Euroländer die ärmeren wie Griechenland oder Portugal alimentieren müssten. Die reichen Länder könnten überstimmt und zur Solidarität gezwungen werden. So ähnlich wie im deutschen Länderfinanzausgleich, wo Bayern und Baden-Württemberg zahlen und fast alle anderen kassieren. Um so etwas europaweit einzuführen, müsste es eine enorme Europa-Begeisterung ge-

Was sind die Konsequenzen?

ABELSHAUSER: Auf keinen Fall im Sturm die Pferde wechseln! Ich empfehle, die Krise jetzt erst einmal durchzusteheren. Wenn sich die Märkte beruhigt haben, sollten die Euroländer über eine alternative Organisation nachdenken.

Ist die Rückkehr zu nationalen Währungen – in Deutschland zur D-Mark – eine Alternative?

ABELSHAUSER: Das wäre durchaus denkbar. Wenn sich die Euro-Krise nicht anders beherrschen lässt, wäre ein System mit festen Wechselkursen wie in der Zeit vor 1999 eine mögliche Rückfallposition für die Europäische Zentralbank. Die Teilnehmer hätten aber die Möglichkeit zur Abwertung oder sogar zum Ausstieg. So ein System hat es mit dem Goldstandard, der die wichtigsten Währungen durch feste Wechselkurse verband, schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben. Das hat lange Zeit gut funktioniert.

Die deutsche Gesamtverschuldung wächst kräftig, wenn auch nicht so schnell wie in Frankreich oder England. Wann kommt der Punkt, dass der Staat tatsächlich seine Ausgaben senken muss?

ABELSHAUSER: Wirtschaftlich gesehen, sobald die Konjunktur wieder stabil ist. Politisch gesehen, wenn seine Handlungsfähigkeit gelähmt ist.

Der deutsche Staat ist noch handlungsfähig. Muss Deutschland also noch nicht sparen?

ABELSHAUSER: Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist weitgehend am Ende. Hier fallen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen an. Wenn das nicht mehr möglich ist, sieht es bei uns bald aus wie in der Dritten Welt, und die Wirtschaft verliert wichtige Grundlagen ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

»Verschärfte Kontrolle reicht nicht«